

9

Bonn, 9. November 1951

Als Tagesordnung war für Parteivorstand wie für Parteiausschuß (laut Einladungsschreiben vom 2. November) vorgesehen: Organisationsfragen, Aktivierung der Arbeit der CDU, auf dem Parteitag in Karlsruhe nicht erledigte Entschließungen und Anträge der Landesverbände und der Kreisparteien, Bericht Adenauers zur Lage. Wahlgesetz (handschriftliche Ergänzung Adenauers).¹

Beginn: 10.10 Uhr

Zur besseren Vorbereitung der Bundestagswahl 1953 sollen drei geschäftsführende Vorsitzende bestellt werden, die dem zu erwartenden großen Arbeitsanfall gerecht werden. Der Vorstand schlägt dem Parteiausschuß, der am Nachmittag ab 15.15 Uhr im Adam-Stegerwald-Haus in Königswinter tagt, vor, die Herren Kiesinger, gegen den Kaiser zunächst Vorbehalte anmeldet, Tillmanns und Wuermeling zu geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern zu bestellen.

Die Zusammenarbeit zwischen den Landesverbänden und der Bundespartei soll verbessert werden; eine weitestgehende Koordination ist anzustreben. Der erforderlichen Intensivierung der Parteiarbeit soll die Bestellung eines Bundesgeschäftsführers dienen. Gegen die Stimme von Holzapfel, der durch ein gegenteiliges Votum seines Landesverbandes gebunden ist, beschließt der Vorstand, den Landesverband Westfa-

1 Inwieweit die Sitzung der Tagesordnung gefolgt ist, läßt sich nicht rekonstruieren. Die folgende Zusammenfassung beruht auf dem Protokoll der Sitzung des Parteiausschusses vom gleichen Tag mit identischer Tagesordnung sowie auf dem ausführlichen Bericht über die Sitzungen von Parteivorstand und -ausschuß in UiD vom 14. November 1951. – In einer Vorlage von Lenz an Adenauer vom 8. November 1951, die auf Vorgesprächen mit Krone, Tillmanns, dem persönlichen Referenten des Bundeskanzlers, Dr. Franz W. Mai, und Lenz selbst beruht, werden folgende Punkte aufgeführt: Verbesserung der Parteiarbeit durch Bestellung von Wuermeling und Tillmanns in die Parteiführung; Nachfolge Holzapfels als 2. Vorsitzender, der als Gesandter nach Bern gehen wird; Berufung eines Bundesgeschäftsführers; Berufung Kiesingers zum Pressechef der Partei oder zum dritten geschäftsführenden Vorstandsmitglied; Erklärung Bachs, sein Amt als Bundesschatzmeister aufzugeben, wenn er nicht mit der organisatorischen Leitung der Partei betraut werde (StBKAH 05.05). In einem weiteren Vermerk von Lubbers vom gleichen Tag werden zusätzlich die Vorlage einer Ehrengerichtsordnung, die Besetzung von NEI-Kommissionen mit deutschen Vertretern sowie die Teilnahme am Parteitag der saarländischen CVP als mögliche Besprechungspunkte vorgeschlagen (StBKAH 05.05). – Hinweis auf die Sitzung des Vorstands bei KATHER 1 S. 181f., der allerdings nur erwähnt, seine Differenzen mit Bundesminister Lukaschek über Adenauers Absage, an der Gründungsversammlung des Bundes der vertriebenen Deutschen am 17. November in Hannover teilzunehmen, angesprochen zu haben.

len zu bitten, Landesgeschäftsführer Joseph Blank für den Posten des Bundesgeschäftsführers freizugeben.

In seinem Bericht zur innenpolitischen Lage schneidet Adenauer folgende Themen an: Konfessionsfrage; Hausbesitz, Mittelstand und Mieten; Verhältnis zum DGB; Bildung eines Bundeswirtschaftsrats. Zur Konfessionsfrage führt er aus, es müsse dafür gesorgt werden, die evangelischen Wähler der Union zu erhalten. Sie würden als Zielgruppe von SPD und FDP besonders umworben. Christliche Grundsätze und Lebensauffassungen müßten gestärkt, der Säkularisation ein Riegel vorgeschoben werden. Nur so könnten radikale Kräfte daran gehindert werden, ihr Potential zu vergrößern. Ein besonderes Augenmerk sei auf die Mittelstandsbewegung zu richten. Die Politik der CDU müsse nunmehr verstärkt den Anliegen des Mittelstands gerecht werden. Der bestehende Hausbesitz sei durch angemessene Mietenkünfte zu halten und der private Wohnungsbau zu fördern. Mit dem DGB, der nach dem Tod von Hans Böckler heftigen Richtungskämpfen ausgesetzt sei, werde die Bundesregierung in Verhandlungen eintreten. Er hoffe, daß das Verhältnis zu den Gewerkschaften sich bessern werde.

Im außenpolitischen Teil seiner Ausführungen führt Adenauer aus, es sei das Ziel der Bundesregierung, die Wiedervereinigung Deutschlands auf dem Weg über die europäische Integration zu erreichen. Die Sowjetunion sei bestrebt, ihren Einfluß durch Erweckung von Furcht auszudehnen und ganz Europa zu beherrschen. Deshalb müßten der Schuman-Plan und die EVG verwirklicht werden, damit die Integration Europas zustande komme, mit Hilfe der USA dem Expansionsstreben der Sowjetunion Einhalt geboten und die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit erreicht werde. Die Verhandlungen über einen Generalvertrag seien in ein konkretes Stadium getreten.